

Neue Linke und Gewalt

von Bernd Rabehl

Die Konzeption einer „Dialektik der Gewalt“ bezieht sich auf die politische Definition von Gewalt. Sie wurde von den unterschiedlichen Linksfractionen im Nachkriegsdeutschland je nach Nähe oder Entfernung zur staatlichen Macht unterschiedlich vorgenommen. So trug die Theorie vom Monopolkapital oder vom Sicherheitsstaat der BRD dem Kaderaufbau von KPD oder SED Rechnung. Sie entstand als Konzeption von Wirklichkeit oder „Ortsbestimmung“ nicht im wissenschaftlichen Disput oder auf der Grundlage einer freien Wissenschaft, sondern schälte sich aus der Programmatik dieser Parteien heraus und genügte einem machtstrategischen Kalkül der Sowjetunion. Die Sozialdemokratie hingegen, die sich in der gleichen Zeitspanne darauf vorbereitete, Regierungsmacht in der Bundesrepublik zu werden und in den einzelnen Ländern und Kommunen Regierungen oder Bürgermeister stellte, hatte eine andere Sicht von Gewalt. Verfassung und Gesetz waren nach ihrer Weltanschauung Ergebnis sozialer und historischer Entwicklungen. In dem Maße wie sich Gewerkschaften und Sozialdemokratie in den bestehenden Staat hineingekämpft hatten und Machtpositionen besetzten, änderte sich der Rechtscharakter des Staates und der Strafgesetzzordnung. Die Sozialdemokratie stand deshalb grundsätzlich positiv zur westlichen Demokratie, weil sie offen war für die skizzierten rechtlichen Transformationen und langfristig den Bürgerkrieg zwischen den Klassen abschaffte beziehungsweise rechtlichen Kompromissen unterwarf.

Diese Gewalt- und Rechtspositionen zwischen den Kontrahenten von KPD und SPD ließen einen weiten Spielraum der Interpretationen zu. Die traditionelle Linke, die sich aus den unterschiedlichen Bruchstücken der historischen Spaltungen in der Arbeiterbewegung zusammensetzte, tendierte zum Gewalttrigorisismus der KPD. Die bürgerliche Friedens- und Ostermarschbewegung variierte die Rechtsauffassung der SPD. Die „Gewaltlosigkeit“ wurde nicht nur über Ghandi oder den antikolonialen Kampf in Indien begründet. Sie wurde immer auch aus den Grundrechten

Georges Sorel: *Über die Gewalt*, zuletzt Frankfurt a.M. 1981.

des Grundgesetzes abgeleitet und sollte festlegen, daß es zu militanten Auseinandersetzungen mit Justiz und Polizei nicht kommen sollte; nur so sei die Aggressivität der Sicherheitsorgane zu unterlaufen. *We shall overcome* war ihr Friedensgebet und die Hymne ihres Sieges.

Eine vollkommen andere Gewalt- und Rechtstheorie wurde in einer entstehenden antiautoritären Linken diskutiert. Sie stand zwar unter dem Einfluß der Gewaltauffassung der traditionellen Linken, ging jedoch eigene Wege und radikalisierte sich im Verlaufe der vielen Provokationen bis 1968. Diese antiautoritäre Linke hatte ihre Ursprünge in Kunst, Malerei und Prosa, kurz: in der philosophischen Ästhetik, und beschritt in Theorie und Praxis vollkommen andere Wege als die traditionelle Linke, obwohl sie später von dieser durch den Mangel beziehungsweise durch den Verlust an Politikfähigkeit wieder absorbiert wurde. Die ästhetische Betrachtung von Politik fand ihre Bestätigung oder Ergänzung durch die „Kritische Theorie“. Diese stand aber zu keinem Zeitpunkt im Mittelpunkt der Überlegungen.

Der Ekel vor dem Kunstmarkt und vor der Vermarktung von Geist und Seele vereinte die individuellen Rebellen und Einzelgänger aus dem Milieu der Künstler, der Bildung, der Bohème und der Kultur. Die Akteure wollten sich aus dem Status des Konsumenten lösen. Sie wollten nicht mehr Kunstwerke herstellen und verkaufen. Der Akt der Kunstproduktion und der Vernichtung dieser „Schöpfungen“ wurde Kern der Kunstauffassung und der Kritik an der bestehenden „Konsumgesellschaft“. Aufbauen, Einreißen und Zerstören war die Devise. Kunst sollte im *Happening* aufgelöst werden, in das die Zuschauer und Neugierigen einbezogen wurden und das primär den Skandal anpeilte. Künstler und Gaffer rissen sich gegenseitig mit, reagierten emotional aufeinander und fanden die Sprache des Disputs. Die Presse nahm das Ereignis auf, weil die „Sensation“ die Leser interessierte und die Auflagen steigerte. Dadurch sollten die Gleichgültigkeit, die Sprachlosigkeit und die Sturheiten auf allen Seiten aufgebrochen werden. Der Versuch, Kunst zurückzubringen zur Kritik, zum Aufruf, zum Skandal, sollte nicht nur die Künstler und ihr sattes Publikum aufrütteln, er besaß außerdem politisches Potential.

Der Sozial- oder Betriebsfrieden sollte provoziert und die Gewalt oder ihre Potenzen sollten sichtbar werden. Hinter dieser Haltung von Provokation stand die Überzeugung, daß weder Ost- noch Westeuropa nach 1945 befreit worden waren. Fremde Truppen waren einmarschiert, hatten die Städte und Gebiete besetzt und unter sich aufgeteilt. Sie hatten die NS-Diktatur zerschlagen und an ihre Stelle ihre eigenen Machtbereiche errichtet und jeweils ihre Kollaborateure angestellt. Die einen nannten ihr Machtgebilde „Volksdemokratie“, die anderen einigten sich auf den schönen Namen „parlamentarische Demokratie“. Die Errungenschaften der europäischen Revolutionen waren 1933 und spätestens nach 1939 durch den NS-Terror ausgelöscht worden. Die „Befreier“ hatten nach 1945 die Revolutionen von 1789, 1848, 1871, 1917/18, 1936 nicht erneuert oder aufgenommen in die neuen Verfassungen. Es gab letztlich keine Selbstbefreiung der Völker und Klassen, sondern Recht und Ordnung wurden von außen „inspiriert“. Die Grundrechte wurden als abstrakte „Menschenrechte“ verstanden, die den konkreten Rahmen der Umsetzung entbehrten. Sie waren Appell, kategorischer Imperativ, besaßen jedoch nicht eine rechtliche Norm in Verfassung oder Strafrecht. Die politische Teilhabe der Wähler an der Macht wurde bestritten und der ausschließlichen Obhut der Parteien unterstellt. Die Bedeutung der Direktmandate, der Formen der kommunalen und plebiszitären Demokratie, der Mitsprache in Betrieb und Verwaltung, die Gegenstand der revolutionären Streitigkeiten gewesen waren, wurden in den neuen Verfassungen nicht oder kaum berücksichtigt. Die Konzeption von Demokratie als „Doppelherrschaft“ oder als eine Synthese von plebiszitärer Macht von Präsident und Staatsexekutive und von pluralistischer Parteiendemokratie, die noch 1918 europaweit diskutiert wurde, wurde schlicht unterschlagen. Die Macht der Parteispitzen wurde nicht durch die Auflagen der innerparteilichen Demokratie beschnitten. Sie erhielten letztlich das Privileg einer „Sondermacht“ gegenüber dem Volk.

Solche Überlegungen wurden in dem subtilen Gewaltbegriff von „Situationisten“ und „Subversiver Aktion“ reflektiert. Ihrer Meinung nach war die Gesellschaft von Gewalt durchdrungen, denn fremde Macht

Bernd Rabehl: *National-revolutionäres Denken im antiautoritären Lager der Radikalopposition zwischen 1961 und 1980*, in: *wir selbst – Zeitschrift für nationale Identität*, Heft 3–4/98.

Herbert Marcuse: *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*, zuletzt München 2004.

und Herrschaft wurde den einzelnen Staaten aufgezwungen. Gewalt war enthalten in der Reklame und in der Inszenierung des Politischen. Zugleich wurde diese Gewalt verborgen hinter Recht und dem Regelwerk des Alltäglichen. Der Sicherheitsapparat blieb zwar hochgerüstet, zugleich gewährte die Isolierung des Einzelnen in der abstrakten Masse von Konsumenten, Publikum, Zuschauer, Wähler und Sportler die Vereinnahmung durch Lebensstil, Konsumstatus und Habitus. Der Einzelne war diesen Manipulationen hilflos ausgesetzt und sie zerstörten Persönlichkeit und Eigensinn. Jeder war der Andere und keiner er selbst; so würden Heidegger oder Marcuse diese Massenhaftigkeit umschreiben, die ihren politischen Charakter verloren hatte und die Politik als Spiel oder Warenangebot erfuhr. Gewaltdemonstration der Herrschenden als Reaktion auf Provokation war notwendig, um die Gleichgesinnten zu finden. Erst ihre Deutung gab die Sprachfähigkeit zurück und erlaubte eine erste improvisierte Übersicht. Durch die Provokation wurde die Sprachlosigkeit überwunden und konnte jenseits der ideologischen und psychologischen Festlegungen nachgedacht werden. Die Theorie hatte ihren Ursprung in der Provokation.

Die Kommunediskussionen in Berlin stellten den Versuch dar, die „Kohorten“ der Subversion zu bilden und Provokationen zu starten, die Massenwirksamkeit und dadurch Politikfähigkeit erreichen sollten. Es wurden drei Projekte von „Kommune“ entworfen und verwirklicht. Sie endeten letztlich in der Organisationsfrage des „Untergrunds“ von RAF und „2. Juni“ oder in den Parteiexperimenten der unterschiedlichen ML-Gruppierungen beziehungsweise der Spontis und der asozialen Aussteiger. Dieter Kunzelmann war ein wichtiger Protagonist dieses subversiven Denkens. Ihm war bewußt, daß eine „Kommune“ als Gegenbild zur bestehenden Gesellschaft und als „Provokationselite“ in Gestalt einer „Szene“ einen langen Vorlauf benötigte. Wichtig war, daß die Akteure einer derartigen Idee von Provokation sich gelöst hatten von den Karrieren, Lebensstilen und Illusionen des inszenierten und vorgelebten Lebens. Die Differenz zum schönen Schein der „ewigen Jugend“ und der Konsumwelten mußte durchlitten sein. Kunzelmann selbst verspürte zugleich Haß und Ekel gegenüber dem legalen und geborgten Leben. Ihm schwebte vor, mit Gleichgesinnten eine Kommune zu gründen und sie zu einem Fokus zu gestalten, der ausstrahlen würde in die unterschiedlichen Kreise der Großstädte und ihrer Generationen. Das Projekt wurde bewußt bezogen auf die Stadt als Brennpunkt einer „schaffenden Kraft“ von Zerstörung. Die Verbitterten sollten kommen, die Beleidigten, aber auch die Spaßvögel und Harlekine, die Verrückten und Wutentbrannten, die keinen Platz mehr wollten im Warenhaus der Eitelkeiten und Schaufensterpuppen.

Kunzelmann sah sich selbst als Patriarch und Analytiker einer derartigen Gemeinschaft. Er konnte jedoch diesen selbstgestellten Auftrag nicht erfüllen. Als typische Zwischenexistenz zwischen Elite und Bohème, Künstlertum und Dilettantismus, Faulheit und Fleiß, besaß er nur bedingt „Persönlichkeit“. Er war dem Pariser Clochard näher als dem intellektuellen Denker. Er war faul, liebte die Muße und war den unterschiedlichen Drogen nicht abgeneigt. Er hatte keinen Ehrgeiz und er war eher ein schlechter Prediger, der vor komplizierten Gedanken und Ideen zurückschrak. Einen Männerbund wollte er vermeiden, nicht weil er befürchtete, daß Homosexualität den Zusammenhalt auflösen würde, sondern weil die Vielfalt der Perversionen eine sexuelle Revolution stimulieren sollte, die gerade auch die verklemmten Gestalten der Normalgesellschaft ansprechen würde. Er nahm Frauen auf, weil er hoffte, daß sie die weibliche Seite der Sexualität radikalisierten würden. Er hatte nicht damit gerechnet, daß die Männer und Frauen, die sich in seiner Kommune zusammenfanden, ihre Rollen und Hemmungen längst nicht abgelegt hatten und weder mit den homoerotischen noch mit den perversen Varianten von Sexualität spielen konnten. Es gab Zweierbeziehungen, Einzelgänger, neurotische Aufladungen, Eifersüchteleien, aber kaum Gemeinsamkeiten. Kunzelmann wurde als Patriarch und Interpret abgelehnt. Er war kein großer Redner oder Aufwiegler. Er zupfte stets aufgeregt an seinem Bart und war mit seinem fränkischen Dialekt schier unverständlich. Die vielen Ängste unterminierten das Kommuneexperiment, das über die vielen Versuche der stinkbürgerlichen „Lebewelt“ nicht hinauskam. Die Heterosexualität ließ sich auch in der Kommune nicht existenziell dramatisieren. Niemand

Gerd Koenen: *Das rote Jahrzehnt: unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977*, Köln 2001.

war polymorph pervers, gerade auch Kunzelmann nicht. Das ganze Experiment wäre bereits nach Wochen gescheitert, hätte nicht der US-Vizepräsident Humphrey die Stadt besucht und wären die verzweifelten Kommunarden nicht darauf gekommen, ein Puddingattentat auf diesen Repräsentanten der amerikanischen Großmacht zu begehen. Das war ihre Rettung und schuf die Legende von der „Kommune“.

Trotzdem hatte die Kommune Anteil an der Radikalisierung der anti-autoritären Linken. Durch ihre Flugblattserien über den Krieg in Vietnam oder über das „Abfackeln“ von Kaufhäusern setzte sie den SDS unter Druck, weil sie die Pamphlete mit den Initialen dieser Organisation unterzeichnete. Ihre Aktivisten mußten sich öffentlich von der Kommune distanzieren, um die Förderung als Hochschulorganisation zu behalten und um einem verfassungsgerichtlichen Verbot zu entgehen. Der Ausschluß der Kommune aus dem SDS setzte erste Zeichen, daß der Außerparlamentarismus Grenzen dort haben würde, wo Recht und Verfassung direkt gebrochen wurden und wo zu terroristischen Aktionen wie Brandstiftung übergegangen werden würde. Die gesamte Westberliner Führungsspitze des SDS stimmte im April 1967 für den Ausschluß der Kommune. Das Experiment war gescheitert, bevor es richtig gestartet war.

Als Experiment und Provokation aber fand sie ihre Nachahmer in unzähligen Wohngemeinschaften und sogar in den Fernsehreihen der privaten Anstalten. Sie griffen die Thematik auf und verfremdeten sie in „Container“- und Horrorszenen. Nicht zufällig erhielten derartig nachgestellte Szenen den Titel *Big Brother*. Es dominierte die subtile Gewalt der Wortgewandten, Rücksichtslosen und Denunzianten. Es entstand der Eindruck, daß die Kommune die Vorwegnahme eines totalitären Staates oder einer zwanghaften Situation gewesen sei. Gespräche und Diskussionen erinnerten an die Verhöre und Bloßstellungen von Gestapo oder MfS. Diese Umdeutungen machten sichtbar, daß die Kommune als Experiment die Zwischenlage von Befreiung und Zwang zu keinem Zeitpunkt aufgegeben hatte. Sie wurde gerade nicht die Alternative oder das Lebensbeispiel der vielen Aussteiger.

Dutschke hatte gegenüber den Kommunarden ein Gegenbild von Organisation und Gemeinschaft vertreten. Er hatte zu keinem Zeitpunkt die subversive Prämisse akzeptiert, daß alle Theorie veraltet war und durch die Aktion neu formuliert werden mußte. Er war groß geworden im protestantischen Christentum und hatte als Student und Heranwachsender die Propheten ersetzt durch die großen Theoretiker des Marxismus und Anarchismus. Er hatte ein gläubiges Verhältnis zur Theorie, und alle Ironie oder gar Zynismus waren ihm fremd. Über die unterschiedlichen Bausteine von Theorie konstruierte er ein neues Weltbild, das er hineinragen wollte in eine neue Linke. Für ihn waren die Kolonialvölker Motor der sozialen Veränderungen, die im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhundert in Europa von der Arbeiterbewegung repräsentiert worden waren. Das Scheitern der russischen Revolution und die Absorption der Sozialdemokratie durch den Sozialstaat nach 1945 hatte das revolutionäre Subjekt auf diesem Kontinent geschwächt, wenn nicht sogar zerstört. Die traditionelle Linke war als Sozialdemokratie und Kommunismus zum Staat mutiert und verkörperte in den sechziger Jahren die Machteliten von je spezifischen Ordnungen.

In den SDS-Kreisen war vor 1967 eine Diskussion über die „Räte-demokratie“ entbrannt. Sie wurde aus der Tradition der Arbeiterbewegung und der Revolutionen in Russland, Deutschland und Spanien, 1905, 1917,



Gewalt als Klamauk. Besetzung des Rektorats der FU Berlin am 27. Juni 1968

1918 und 1936 übernommen. Diese „Räte“ sollten wie die Pariser Kommune von 1871 eine Alternative zur bürgerlichen und parlamentarischen Demokratie vorstellen. Diese „Räte“, so die These, würden die staatliche Zentralisation und Bürokratie in die Selbstverwaltung der Produzenten zurücknehmen. Historisch war diese radikale Demokratie in der Umsetzung fehlgeschlagen. Sie scheiterte in Deutschland an der demokratischen Republik und in Russland an der kommunistischen Diktatur. Auch für das Westberlin der sechziger Jahre war fraglich, ob eine Räte­demokratie eine Alternative zur parlamentarischen Demokratie bedeutete. Das großindustrielle Proletariat und seine Betriebe und Stadtbezirke umfaßten kaum mehr als 40 Prozent der Bevölkerung. Dutschke und Rabehl nahmen deshalb sehr bald Abstand von einer Räte­demokratie, weil sie in Berlin nur eine Minorität von „Wahlvolk“ verkörpern würde. Stattdessen wurde die demokratische Form auf ein Konzept der „schwachen Glieder“ übertragen. Demokratie und Gewalt wurden in ein Spektrum gestellt. Solange die Radikalopposition schwach war, übertrug sie Gegenwehr und Gewalt auf die „Sache“, nicht auf Personen. Die „Sache“ war als Amerikahaus oder Fensterscheibe von Zeitungsfilialen Symbol für die revolutionäre Umwälzung, das auch auf die Institutionen von Universität, Schule, Krankenhaus oder Theater übertragen werden konnte. Der Generationskonflikt wurde als Sprengsatz angesehen. Die wenigen Fabriken und der bürokratische Wasserkopf der Stadtverwaltung sollten zum Schluß in den Sog der Auflösung geraten. Nicht nur die junge Generation wurde als Träger eines demokratischen Kampfes angesehen. Im Sinne des Jakobinernationalismus, die ganze Nation zum Träger von Recht und Befreiung zu erheben, wurde die Konzeption der „Freien Stadt Westberlin“ aufgenommen, die vermeintlich im Kalkül der sowjetischen Deutschlandpolitik lag. Sie würde gleichzeitig auf Ost- und Westeuropa einwirken und „Volksrevolutionen“ provozieren, die nach 1945 fällig gewesen wären, jedoch durch die Besatzungsdiktaturen unterdrückt wurden.

Der Vietnamkongreß Anfang Februar 1967 in Berlin war Beispiel für Kampagne und politische Eskalation. In der „Frontstadt“ Berlin wurde zur Solidarität gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam aufgerufen. Zehntausende aus Westdeutschland und Westeuropa kamen in diese Teilstadt. Polizeieinheiten belagerten die Technische Universität. Alliierte Militärpolizei stand Gewehr bei Fuß. Im Audi Max der TU wurde über Revolution und Umsturz diskutiert. Demonstrationen wurden vorbereitet, die vor die amerikanischen Kasernen in Lichterfelde führen sollten, um die schwarzen Soldaten zum Aufstand aufzufordern. Den Verboten und Polizeiaufgaben sollte getrotzt werden. Falls den Rechtseinsprüchen gegen die Sanktionen nicht stattgegeben würde, sollten illegale Aktionen stattfinden. Der staatlichen Gewalt sollte durch die „subtile“ Gewalt der Opposition begegnet werden. Unterhalb der faktischen Macht von Polizei und Militär sollte provoziert werden, so daß diese unter den Blicken der Weltöffentlichkeit nicht einschreiten konnte. Zuspitzung und Situation eines faktischen Bürgerkrieges in der Teilstadt wurden als „Lehrstück“ angesehen, das der Opposition den faktischen Zustand einer Stadtdemokratie vorstellte. Als das Verwaltungsgericht die Demonstration in der Innenstadt erlaubte, atmeten zwar alle auf, weil der „Krieg“ vermieden worden war. Dieses Zugeständnis wurde als Beleg genommen, daß Justiz und Staat nur einer starken Opposition ihre Reverenz zeigen würden.

Horst Mahler würde als RAF-Aktivist zu Beginn der siebziger Jahre in der von ihm verfaßten „Straßenverkehrsordnung“ dieses Bild von Demokratisierung und Doppelherrschaft aufnehmen. Die RAF konnte nach seiner Sicht in den Großstädten agieren und fand hier Rückhalt in bestimmten Bezirken, in denen die Aussteiger zusammen mit den städtischen *Paupers* und den ausländischen Einwanderern lebten. Es waren Problemzonen mit einem hohen Anteil von Armut und Kriminalität. Hier fand die RAF Anerkennung, weil sie die Bewohner vor Übergriffen schützte und zugleich die Aufstände und Streiks der ausländischen Arbeitskräfte unterstützte, die von den Unternehmern den Status der „Sk­laven“ ohne Absicherungen erhalten würden. Die RAF würde Schritt für Schritt so etwas wie eine „Doppelherrschaft“ zur bestehenden Ordnung und die Keime eines anderen Staates bilden. Hier hätte Dutschke widersprochen. Die Nähe zur Kriminalität wäre ihm unheimlich gewesen. Außerdem hätte er die RAF nicht als Avantgarde oder Ordnungsmacht ak-

Klaus Pflieger: *Die Rote Armee-Fraktion: RAF; 14.5.1970 bis 20.4.1998*, Baden-Baden 2004.



*Gewalt als Demonstration.
Straßenschlacht zwischen
APO und Polizei nach dem
Attentat auf Dutschke*

zeptiert. Ihre Kommandofunktion hätte er abgelehnt. Aber das Bild von Milieu und Alternative, Gegenmacht und Keimform einer anderen Gesellschaft hätte ihm gefallen. Im Gegensatz zu Kunzelmanns Bild von der Kommune, wollte Dutschke die Betonung des Andersseins zurücknehmen, die ästhetische Ausnahme bestreiten und er war bemüht, die antiautoritäre Idee politikfähig zu gestalten, um herauszukommen aus den abstrakten Wunschlandschaften und um so etwas zu gewinnen wie „Realpolitik“, die jedoch nicht den Prämissen von bestehender Macht oder den Kampfformen der traditionellen Linken folgte. Dutschke scheiterte, weil der Attentäter Bachmann ihn in einer wichtigen Phase der Konsolidierung einer „Gegenmacht“ „herausschoß“ und dadurch die neue Opposition chaotisierte.

Es kann keinen Zweifel geben, daß die RAF dem Kern von SDS und APO entstammte. Nach dem Attentat auf Dutschke, Gründonnerstag 1968, waren fast alle Aktivisten dieser Opposition der Überzeugung, daß Agenten des Staates oder der Dienste der Besatzungsmächte die einzelnen Führer liquidieren würden, um diesen Jugendprotest und die entstehende Alternative zur autoritären Demokratie „kopflös“ zu machen. Dadurch sollte die APO ihre Zielsetzung und Radikalität verlieren.

Karfreitag und die Osterfeiertage wurden deshalb als Aufstand gesehen, der zwar nicht die Machtfrage stellte, aber Stärke demonstrierte und zeigte, daß die Städte, Großverlage und Regierungsviertel blockiert werden konnten. Die Staats- und Parteienmacht wurde zwar noch von der Mehrheit der Bevölkerung gewählt, sie war jedoch unfähig, Massen auf die Straße zu bringen. Ihre Wähler waren nur noch Konsumenten von Politik. Sie begnügten sich mit der Repräsentation durch Parteien und Kandidaten, ohne selbst Interessen anzumelden. Die APO brachte eine Opposition auf die Straßen der Städte zurück, die ihre Mitsprache einklagte und die Gegnerschaft zu Medien und Manipulationen offen vortrug. Bereitschaftspolizei und Polizeieinheiten konnten diese Opposition nicht mehr niederkämpfen, es sei denn, es wurde von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. Dadurch hätte die Staatsmacht jedoch zu erkennen gegeben, daß die demokratische Aufmachung nicht zählte.

Im April 1968 kamen in Frankfurt Vertreter des SDS zusammen, um über eine Parlamentarisierung der APO oder die Fortsetzung der demonstrativen Provokation zu beraten. Es ging auch darum, die verbandsinternen Fraktionen zu Stellungnahmen zu bringen, ob das politische Bündnis fortgesetzt oder aufgelöst würde. Durch die bevorstehende Legalisierung der KPD in der Aufmachung einer DKP wurde deutlich, daß die traditionelle Linke in ihrer Mehrheit sich von SDS und APO trennen würde, um eine eigene Bündnisfront zu eröffnen. Die antiautoritäre Linke mußte beweisen, daß sie ohne Dutschke fähig war, Realpolitik zu machen, ohne in das Lebensgefühl von Jugend oder in die Gewaltszene der Revolte aufzugehen. Die Presse und das Fernsehen Europas belagerten das Treffen in den Mensa-Räumen der Frankfurter Universität. Delegationen aus ganz Europa kamen angereist. In dieser Situation von öffentlicher Beratung und Ballhauschwur verübte eine Gruppe um Andreas Baader und Gudrun Ensslin einen Brandanschlag auf ein Kaufhaus. Dieser Anschlag sollte eine Signalwirkung haben. Der Kampf sollte auf den Straßen fort-

Walter Benjamin: *Zur Kritik der Gewalt und andere Aufsätze* (mit einem Nachwort von Herbert Marcuse), Frankfurt 1993.

Gerd Koenen: *Vesper, Ensslin, Baader. Urszenen des deutschen Terrorismus*, Köln 2003.

gesetzt werden und würde nur in der Illegalität so etwas gewinnen wie Kontinuität und Radikalität. Alle Bemühungen, sich als Opposition in einem legalen Rahmen von Politik zu etablieren, wurden als Verrat am „Vermächtnis“ von Dutschke angesehen.

Baader verkörperte ein Gegenbild zu Dutschke. Er besaß vordergründig kein Charisma. Er war nicht belesen und theoretische Ansprüche waren ihm fremd. Seine Lektüre bestand aus Comics. Er organisierte sich nicht über Wortgewalt oder die Kraft eines Predigers und Agitators. In der Öffentlichkeit stotterte er und rang mit den Worten. Nur im kleinen Kreis, von Auge zu Auge, konnte er sich durchsetzen. Er besaß andere Fähigkeiten, die ihn sehr schnell zum Kommandanten einer Gruppe erhoben, die sich anfangs zufällig gebildet hatte, über ihn jedoch sehr bald Format und Gestalt gewann. Baader kam aus dem kleinkriminellen Milieu. Er hatte eine höhere Bildung ausgeschlagen und folgte dem Lebensstil einer „Zwischenexistenz“ der Großstadt, der in der „Halbwelt“ die Anerkennung suchte und fand. Frauen waren für ihn Mittel, zu Geld zu kommen oder Verbindungen herzustellen. Er fühlte sich als schöner Mann und Draufgänger, dem die Frauen zu Füßen liegen mußten. Ohne Kommune oder Studentenrevolte hätte Baader den Weg eines Zuhälters oder Heiratsschwindlers genommen, falls ihn nicht der Film entdeckt hätte, um einen modernen Helden aus ihm zu machen. Baader sammelte Leute um sich, die unsicher und schwach waren und die er umdrehen konnte. Er besaß nicht die Skrupel der Intellektuellen, die an den Normen der Erziehung und an den Werten von Theorie, Moral und Karriere litten. Er durchschaute die Hemmungen, Ausreden und Rationalisierungen und überschritt lachend diese Abgründe. Gewalt war für Baader Alltag, Lebensform, und er kannte gar nicht die Grenzen von subtiler, struktureller und offener Gewalt. Der Täter durfte sich nicht erwischen lassen, um nicht der Gewalt von Polizei oder Moral zu erliegen. Das war sein Credo. Hierin war er allen Intellektuellen haushoch überlegen, und selbst Horst Mahler, Holger Meins oder Jan Carl Raspe unterwarfen sich später seinem Führungsstil.

Welche Rolle spielten die Frauen in der RAF? Folgten sie den Lebenszeichen der Göttin Aphrodite, die sich voller Liebe dem starken Mann unterwarf und auf ihre Zeit wartete oder folgten sie der Göttin Artemis, die dem Jäger so lange Gefolgschaft leistete, bis die Stunde der Rache gekommen war. Ulrike Meinhof, hochintellektuell, hatte sich bis 1968 dem Prinzip der „Gleichheit“ der traditionellen Linken unterworfen. Sie genügte den patriarchalischen Anforderungen, solange ihr Raum als Journalistin gewährt wurde. In der Familie folgte sie der vorgegeben Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau. Sie verließ den Gatten Klaus Rainer Röhl, die illegale KPD und den Schutzraum der Hauptverwaltung für Aufklärung (HVA). Ihre plötzliche Entgrenzung trieb sie in die Radikalismen der APO und der entstehenden RAF. Unter den Bedingungen der Illegalität unterwarf sie sich Baader, obwohl sie von ihm nur Verachtung erfuhr. Ensslin wurde Sprachrohr, Übersetzerin, Hilfe, intellektuelle Inspiration, Gewissen und Stimme von Baader. Nahm sie dadurch Rache, indem sie den Geist des Kommandanten in Besitz nahm? War sie die wirkliche Führerin einer Partisaneneinheit? Trug die RAF weibliche Züge?

Die RAF kam zwar aus der Radikalität der APO, sie war jedoch deutlich getrennt von der Organisationsfrage, wie sie in der antiautoritären Linken diskutiert worden war. Sie folgte auf keinen Fall den Überlegungen von Dutschke, in denen die illegale Gewalt nur eine beschränkte Bedeutung besaß und Bestandteil einer Massenbewegung und alternativen „Szene“ sein mußte. Die RAF entstand aus den Zufällen von Brandanschlag, juristischen Prozessen und der „Baaderbefreiung“. Sie war anfangs nicht mehr als eine „kriminelle Bande“, die sich ein politisches Alibi verschafft hatte. Später gewann sie die Konturen einer Partisaneneinheit im Verständnis der traditionellen Linken. Die Komintern (KI) hatte bereits in den zwanziger Jahren einen illegalen Apparat aufgebaut, der zu jeder kommunistischen Partei gehörte, allerdings international organisiert war und der den Bürgerkrieg oder Sabotagen gegen Polizei und Staatsapparat in den einzelnen Ländern vorbereitete und durchführte. Die RAF ihrerseits verlor sehr schnell als Bestandteil einer internationalen Organisation beziehungsweise als Partisanentrupp, der auf Stützpunkte, Geld, Waffen und Logistik im Ausland angewiesen war, ihre Selbständigkeit und wurde

von verschiedenen Diensten beeinflusst. Sie wurde zu einer militärischen Einheit, der allerdings die soziale Grundlage fehlte und zu einem Kampforgan der traditionellen Linken. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß später die DDR als Etappe für die müden Kämpferinnen diene.

Trotzdem gewannen der Organisationstyp der RAF zusammen mit der Organisationshierarchie der ML-Kaderpartei später eine größere Bedeutung als die Politik- und Organisationsentwürfe von Dutschke. RAF, KBW oder KPD folgten unbewußt dem Kaderprinzip der kommunistischen Linken, unterlagen jedoch nicht deren direktem Einfluß. Die RAF und Baader fanden unzählige Nachahmer in den unterschiedlichen linksradikalen „Kampfgruppen“ der großen Städte. Die Frankfurter Putztruppe und Lederjackenfraktion um Josef Fischer imitierte die Kommandostruktur der RAF. Das Umkippen in die Illegalität war in den unzähligen Aktionen angelegt. Ähnlich revolutionär war der innere Kaderaufbau von KBW und KB Nord angelegt, kommunistischer Gruppen, die sich nach dem Muster asiatischer Revolutionen und Bürgerkriege radikalisierten und sich sogar Pol Pot in Kambodscha zum Vorbild nahmen. In der Situation der Auflösung der Linksfronten nach den Selbstmorden in Stammheim, nach 1977, denen Baader, Ensslin, Raspe und andere zum Opfer fielen und die signalisierten, daß das westliche Deutschland nicht in den Bürgerkrieg gerissen werden konnte, bildeten diese Organisationstypen als Partisaneneinheit und als Kaderpartei die Grundlagen, die entstehende grüne Partei zu besetzen.

Dutschke bemühte sich 1979 eine grüne, demokratische Partei auf kommunaler Basis zu gründen. Das imperative Mandat der Abgeordneten sollte vermeiden, daß diese im politischen Geschäft ihre Sonderinteressen wahrnahmen oder sich einbinden ließen in die korrupten Netzwerke der Politik. Darin waren sich die konservativen Grünen um Herbert Gruhl mit Dutschke, Petra Kelly und Gerd Bastian einig. Der Realismus einer innerparteilichen Demokratie und des imperativen Mandats sollte die Konstruktion der bestehenden Machtparteien unterlaufen. Dutschke bestand darauf, daß die grüne Partei nicht die Kader der unterschiedlichen kommunistischen Gruppen und Parteien aufnehmen sollte. Diese hatten bereits nach 1968 bewiesen, daß sie den Prinzipien der traditionellen Linken Folge leisteten und letztlich an einer Demokratisierung der Gesellschaft nicht interessiert waren. Der Tod Dutschkes erleichterte das Kalkül der politischen Kader und Führer, die grüne Partei in ihrem Sinn zu instrumentalisieren. Sie wurden Machtparteien beziehungsweise Kadergruppen, die einer grünen Basis aufgepfropft wurden und die über Mandate, Positionen und Gelder verfügten und dadurch die gesamte Partei korrumpierten. Fischer wurde der Meister dieser Machenschaften und frisierete diese Partei um in die Machtreserve von Sozialdemokratie und „globalisierten Imperialismus“. „Organisation“ wurde jetzt nicht mehr im Blickwinkel von „Revolution“, sondern unter der Perspektive von Ordnung und Machterhalt gesehen. Die Kehrseite des „ML“ wurde nun angesprochen und umgesetzt.

Durch die Absorption der Organisationsprinzipien dieser Parteien und Gruppen fand über die grüne Partei eine „Kooptation“ ehemaliger Revolutionäre und Desparados statt. Sie besetzten diese Partei und bildeten als ein internes Machtbündnis eine Partei in der Partei. Die radikalen demokratischen und ökologischen Positionen wurden herausgedrängt. Die weiblichen Interessen wurden durch ihre „Vermachtung“ entschärft und zurückgenommen. Die Frauen wurden in den staatlichen Machtpositionen ganze Männer. Heute sitzen in den einzelnen Ministerien die Kader der ML-Parteien oder die Kämpfer der Putztruppe. Sie bestimmen in dieser Obhut als Staatssekretäre oder höhere Beamte die Fraktionsarbeit in der Partei, die alle radikaldemokratischen oder radikalökologischen Interessen ausgrenzte. Heute ist diese Partei nicht nur Staat und Machtreserve der herrschenden Sozialdemokratie. Sie besetzt zugleich proimperialistische Positionen. Der Revolutionismus erlangte das endgültige Format von Opportunismus. Die grüne Partei als eine mehrheitliche „Frauenpartei“ wurde von einer radikaldemokratischen Organisation in eine subtile Kader- und Machtpartei transformiert, die als einzige Partei heute die Züge einer „Führerpartei“ ohne Opposition, Fraktionen und Alternativen trägt. In dieser Ausrichtung übersteigt sie die SPD und definiert sich nicht zufällig selbst in die Nähe der FDP, einer Partei der Neureichen und Börsenspekulanten.

Rudi Dutschke, Uwe Bergmann, Bernd Rabehl: *Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition*, Reinbek 1968.

Claus-M. Wolfschlag: *Bye-Bye '68 ... Renegaten der Linken, APO-Abweichler und allerlei Querdenker berichten*, Graz 1998.

Gewalt als Gewalt; Umschlag zur ersten deutschen Ausgabe von Che Guevaras Weisungen für den Partisanenkrieg (Trikont-Verlag, 1968)

Es ist heute modisch, allen archaischen Momenten von Herrschaft oder Organisation das Signum des Faschismus aufzudrücken. Untergründig folgen derartige Verdächtigungen dem politischen Antifaschismus der traditionellen Linken. In dem Maß wie diese Linke Staat wurde, die „Diktatur des Proletariats“ formte, Verbrechen vorbereitete und den sozialen Gegner, die feindlichen Klassen, vertrieb und liquidierte, war sie gezwungen, die eigene Transformation zur Macht und den wachsenden Abstand



zu den ursprünglichen Zielen zu verbergen. Im Feindbegriff, der entwickelt wurde in der Aufmachung des „Linksradikalismus“, der „Konterrevolution“ oder des „Faschisten“, sollte abgelenkt werden von der Formidentität von Staat und Macht mit dem bürgerlichen oder faschistischen Staat, und es sollte die Parallelität von Propaganda, Mobilmachung, Zielsetzung, Führerkult und Ritualität von kommunistischen, faschistischen oder nationalsozialistischen Parteien und Bewegungen verschwiegen und verdrängt werden. In dem Maße der objektivierten „Archaisierung“ des Kommunismus oder der faktischen Angleichung an den „Feind“ wurde die antifaschistische

Propaganda radikalisiert. Jeder Abweichler, Kritiker, Oppositioneller, Zweifler wurde als „Faschist“ enttarnt, denunziert, verhaftet oder zumindest ausgegrenzt. Je mehr diese Ordnung verfiel, desto stärker wurde die antifaschistische Propaganda.

Die sozialdemokratische Variante der traditionellen Linken war in der Feindbestimmung durchaus nicht feiner als die Kommunisten. Bei ihr wurden das positive Recht, der Rechtsstaat, die Menschenrechte zum Prinzip erhoben und die Zwischenlagen ihrer Regierungsmacht zwischen potentieller Diktatur und Demokratie, zwischen Sozial- und Polizeistaat unterschlagen. Es wurde so getan, als gäbe es in ihrem Machtbereich keine Gewalt, keine Klassenherrschaft oder die Durchsetzung des großen Kapitals. Der „herrschaftsfreie Diskurs“ wurde verkündet in einer Situation, in der Herrschaftsgruppen, Besatzungsmächte oder Machteliten ohne Hemmungen ihre Interessen durchsetzten. Der Gegner war gleichzeitig der antimoderne, romantische, kritische Geist, aber immer auch der kommunistischer Wühler oder die faschistische Reaktion. Auch in diesen Kreisen gab es die Wiedergeburten des Links- und Rechtsfaschismus oder des totalitären Feindes. Bereits 1967 wurde Dutschke gerade von sozialdemokratischen Karriereprofessoren wie Habermas des Linksfaschismus verdächtigt, eine absurde Unterstellung, die sich bis in die Gegenwart fortgeschleppt findet.

Diese Feindformierung übernahmen die unterschiedlichen K-Gruppen, die sich aus der Erbmasse der APO bildeten. Sie schwenkten um in den Feindmythos der traditionellen Linken und geißelten die eigene Vergangenheit als „Kinderkrankheit“ oder „romantischen Aufbruch“. Dadurch ging das Denken der antiautoritären Linken weitgehend verloren. Selbst in der Sozialwissenschaften machte sich der Umschwung bemerkbar, so daß bei den Analysen der Linksbewegungen nach 1945 unterschlagen wurde, daß rationales Denken immer auch den Widerpart der Irrationalität enthielt und daß jede Ideologie mit dem „Religiösen“ schwanger ging. Neben den rationalen Herrschaftsformen existierten in jedem Betrieb, jeder Verwaltung, Partei oder Organisation traditionelle Machtkonstellationen, die teils patriarchalisch, charismatisch, aber auch weiblich und männlich oder homoerotisch aufgeladen waren. Diese Zusammenhänge zu ignorieren, öffneten der Spekulation und der Denunziation Tür und Tor und sie steigerten Moral und Hypermoral.